



KfW Research

KfW-Mittelstandsatlas 2018

»» Regionale Gesichter des Mittelstands:
ein Bundesländervergleich

Bank aus Verantwortung

KfW

Regionale Gesichter des Mittelstands: ein Bundeslandvergleich

Der deutsche Mittelstand hat viele Gesichter und entwickelt sich kontinuierlich weiter. Die Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen sind zentrale Säulen der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Mit dem KfW-Mittelstandspanel informiert die KfW Bankengruppe seit 2002 jährlich zur aktuellen Lage, zur Struktur und zu den relevanten Entwicklungen im Mittelstand mit all seinen Facetten.

KfW Research vertieft diese Analyse, indem erstmals eine Betrachtung nach Bundesländern vorgelegt wird. Dabei zeigen sich, abseits genereller struktureller Unterschiede, die verschiedenen regionalen Gesichter des Mittelstands in Deutschland.

So schafften KMU aus Rheinland-Pfalz zwischen 2012 und 2016 das größte Beschäftigungsplus, Unternehmen aus Hamburg sind am stärksten im Ausland präsent, während KMU aus Berlin deutlich lokaler verankert sind. Mittelständler aus Brandenburg sind Investitionsspitzenreiter, Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern führen am häufigsten Kreditverhandlungen und die kräftigste Eigenmittelausstattung können KMU in Sachsen-Anhalt aufweisen.

Die Unterschiede sind groß. So auch in den Führungsetagen der Mittelständler: In Sachsen sind die Inhaber am jüngsten, in Schleswig-Holstein am ältesten – dort ist auch die Nachfolgeproblematik ausgeprägt. Frauen sitzen vor allem in den norddeutschen Bundesländern an der Unternehmensspitze. Migrantengeführte KMU sind häufig in den Stadtstaaten beheimatet.

Der KfW-Mittelstands atlas 2018 zeigt bislang unbekannte Einblicke in die Struktur des deutschen Mittelstands. Er bietet interessierten Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Wirtschaftspolitik ergänzend zum KfW-Mittelstandspanel eine umfassende Informationsquelle.

Das mittelständische Rückgrat Deutschlands

Mittelständische Unternehmen sind Motoren für Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft und stehen zu Recht im Fokus der deutschen wie europäischen Wirtschaftspolitik. Die Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – dazu zählen kleine Handwerksbetriebe genauso wie Selbstständige oder traditionsreiche Familienunternehmen – sind zen-

trale Elemente für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Das KfW-Mittelstandspanel informiert seit mittlerweile 15 Jahren regelmäßig zur aktuellen Lage, zur Struktur und zu den relevanten Entwicklungen im Mittelstand mit all seinen Facetten.¹ Der hier vorgelegte Bericht geht einen Schritt weiter und legt erstmals Mittelstandsfakten nach Bundesländern vor. Die Grundlage bilden die Daten des KfW-Mittelstandspanels der Jahre 2012–2016. Deutlich wird dabei vor allem eines: Der Mittelstand hat viele Gesichter.

Große Spannweite: Die Unternehmenslandschaft der Bundesländer im Kurzüberblick

Die rund 3,7 Mio. kleinen und mittelständischen Unternehmen hier zu Lande stellen 99,95 % des gesamten Unternehmensbestandes. Sie sind daher auch eine tragende Säule des deutschen Arbeitsmarktes – zuletzt waren mit 30,9 Mio. erwerbstätigen Personen so viele Menschen in KMU beschäftigt wie nie zuvor. Davon entfallen im Jahr 2016 etwas mehr als die Hälfte allein auf die drei größten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Dort sind rund 15 Mio. Erwerbstätige in KMU beschäftigt, so viele wie in den restlichen 13 Bundesländern zusammen (Grafik 1).

Grafik 1: Verteilung der Erwerbstätigen im Mittelstand auf die Bundesländer

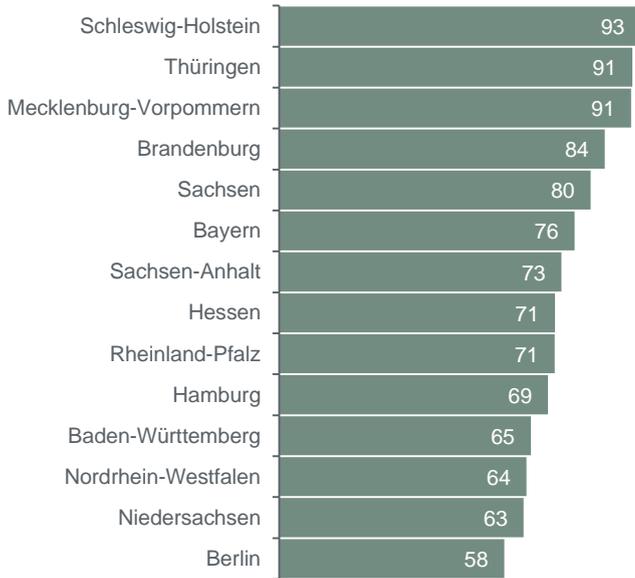


Anmerkung: Die Fläche der Bundesländer-Vierecke entspricht ihrem Anteil an allen Erwerbstätigen im Mittelstand. Bezugsjahr ist 2016.

Quelle: KfW Research

Grafik 2: KMU-Anteil an allen Erwerbstätigen

Anteile in Prozent



Quellen: KfW-Mittelstandspanel, Destatis, eigene Berechnungen.

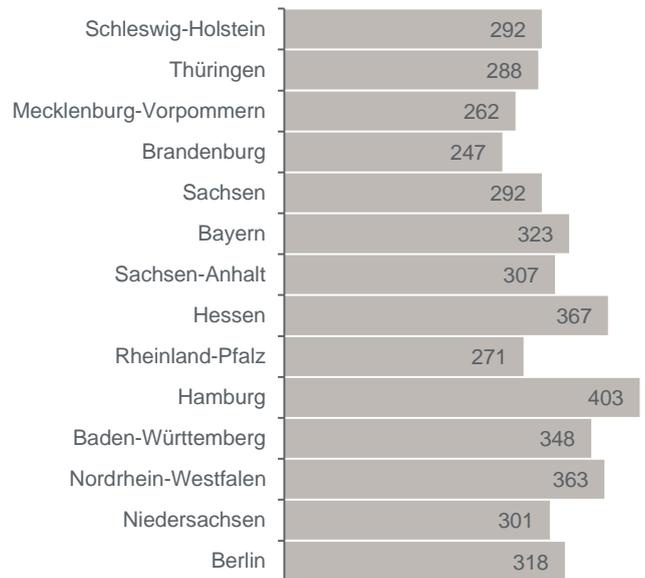
Vor allem in den vergangenen Jahren waren die mittelständischen Unternehmen der Antrieb des anhaltenden Beschäftigungsbooms in Deutschland. Die kräftigen Zuwächse in der Erwerbstätigkeit bei KMU haben ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt zuletzt weiter zunehmen lassen: Der Anteil KMU-Beschäftigter an allen Erwerbstätigen überschritt im Jahr 2016 erstmals die 70 Prozent-Marke, und liegt bei 70,4 %.

In Abhängigkeit von der Größenstruktur und Branchenzusammensetzung der KMU variiert dieser Anteil zwischen den Bundesländern (Grafik 2). Die höchste relative Bedeutung des Mittelstands für den Arbeitsmarkt findet sich in Schleswig-Holstein (93 % KMU-Erwerbstätige) sowie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 91 %). Die geringsten KMU-Anteile an der Erwerbstätigkeit eines Bundeslandes finden sich in Berlin sowie in Niedersachsen. Hier sind 58 bzw. 63 % aller Erwerbstätigen im Mittelstand beschäftigt. Das breite Mittelfeld wird unter anderem besetzt von Sachsen (80 %), Sachsen-Anhalt (73 %), Rheinland-Pfalz und Hessen mit jeweils 71 % KMU-Beschäftigten.

Die durchgehend überdurchschnittlichen Mittelstandsanteile an den Erwerbstätigen in den ostdeutschen Bundesländern sind dabei unter anderem Ausdruck des geringen Besatzes mit Großunternehmen in diesen Regionen (Grafik 3).² Während es beispielsweise in Brandenburg je 1 Mio. Erwerbstätige 247 Großunternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) gibt, sind es in Hessen 367 oder in Hamburg sogar 403. Dieses noch immer bestehende Ungleichgewicht in der Verteilung der Großunternehmen zwischen ost- und west-

Grafik 3: Mehr Großunternehmen in Westdeutschland

Anzahl Großunternehmen je 1 Mio. Erwerbstätige



Anmerkungen: Großunternehmen definiert als Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern. Entspricht nicht der tatsächlichen Anzahl der Großunternehmen. Stand 2015.

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen.

deutschen Bundesländern ist ein Erbe der deutschen Teilung. Es zeigt sich auch darin, dass die DAX- und MDAX-Unternehmen ausnahmslos in Westdeutschland beheimatet sind.³

Kleinstunternehmen dominieren in allen Regionen

Die grundsätzliche Größenstruktur des Mittelstands ist in den einzelnen Bundesländern weit gehend ähnlich (Grafik 4). Kleinstunternehmen mit weniger als 5 Vollzeitäquivalent-Beschäftigten (VZÄ) stellen in allen Bundesländern den überwiegenden Teil der KMU (im Durchschnitt 81 %). Besonders ausgeprägt ist die Kleinteiligkeit des Mittelstands aber in Berlin; 83 % der KMU sind hier Kleinstunternehmen. Dies reflektiert unter anderem auch den hohen Bestand an Start-ups in Berlin, die in der Regel nur wenige Mitarbeiter beschäftigen. Dagegen fällt Sachsen-Anhalt durch den mit Abstand geringsten Anteil an Kleinstunternehmen auf (72 %). Die Spannweite des Segmentanteils von größeren Mittelständlern (50 und mehr VZÄ-Beschäftigte) ist moderat. Der Anteil liegt in allen Bundesländern recht einheitlich zwischen 2 und 3 %.

Etwas mehr Variation existiert bei der durchschnittlichen Unternehmensgröße (hier nicht abgebildet). An der Spitze stehen Unternehmen aus Hamburg mit im Mittel 8,9 VZÄ-Beschäftigten. Auch in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen sind die Unternehmen im Durchschnitt vergleichsweise groß (8,6 und 8,0 VZÄ-Beschäftigte). Anders beispielsweise in Rheinland-

Pfalz: Hier sind KMU mit durchschnittlich 6,1 VZÄ-Beschäftigten etwa um ein Drittel kleiner.

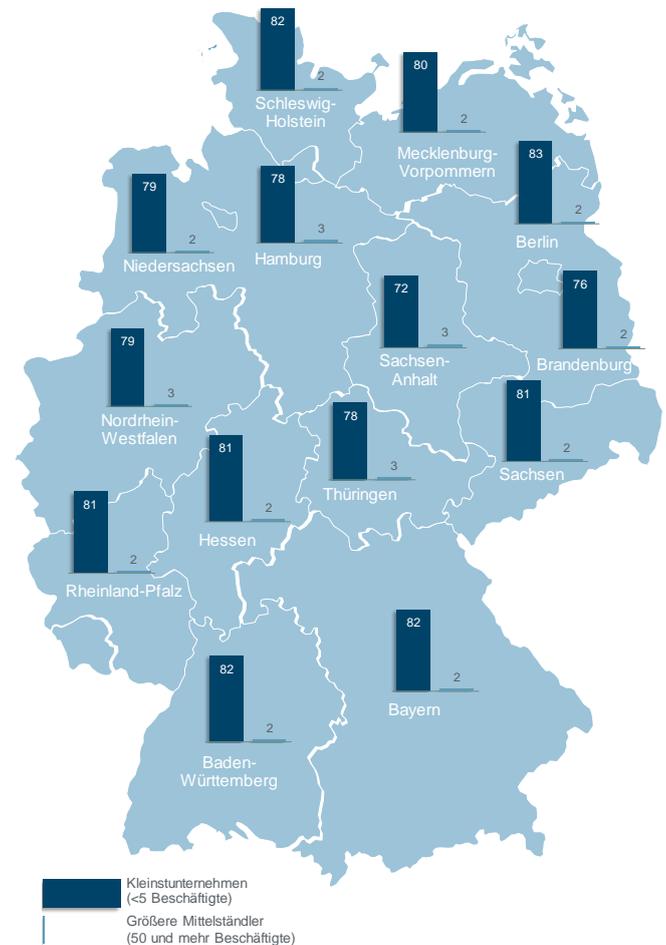
Berlin: Die Start-up-Hauptstadt macht ihrem Namen alle Ehre

Mit einem durchschnittlichen Betriebsalter von 17 Jahren ist der Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern am jüngsten. Aber auch die anderen ostdeutschen Bundesländer weisen eine vergleichsweise junge KMU-Landschaft auf (Durchschnittsalter zwischen 19 und 21 Jahren). Hier mussten sich kleinteilige, privatwirtschaftliche Strukturen (der vormals weit gehend in Großbetrieben organisierten Wirtschaft) nach der deutschen Wiedervereinigung erst schrittweise etablieren. Die Unternehmenshistorien sind daher naturgemäß kürzer. Dennoch gibt es auch in den ostdeutschen Bundesländern auffällige Unterschiede in der Altersstruktur. Die Start-up-Hauptstadt Berlin weist mit 21 % deutschlandweit den höchsten Anteil an KMU auf die jünger als 5 Jahre alt sind – Sachsen-Anhalt mit 6 % den niedrigsten.

Den höchsten Anteil an KMU, die länger als 20 Jahre am Markt aktiv sind, gibt es in Baden-Württemberg und Hessen (je 43 %). Die im Mittel „dienstältesten“ Mittelständler (Durchschnittsalter 26 Jahre) sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Hier finden sich zahlreiche mittelständische Traditionsunternehmen. Schleswig-Holstein hat mit 31 % den niedrigsten Anteil älterer Unternehmen und hat dadurch in der Gesamtsicht eine ebenfalls recht junge KMU-Landschaft (Durchschnittsalter 20 Jahre).

Grafik 4: Kleine stellen die Mehrheit

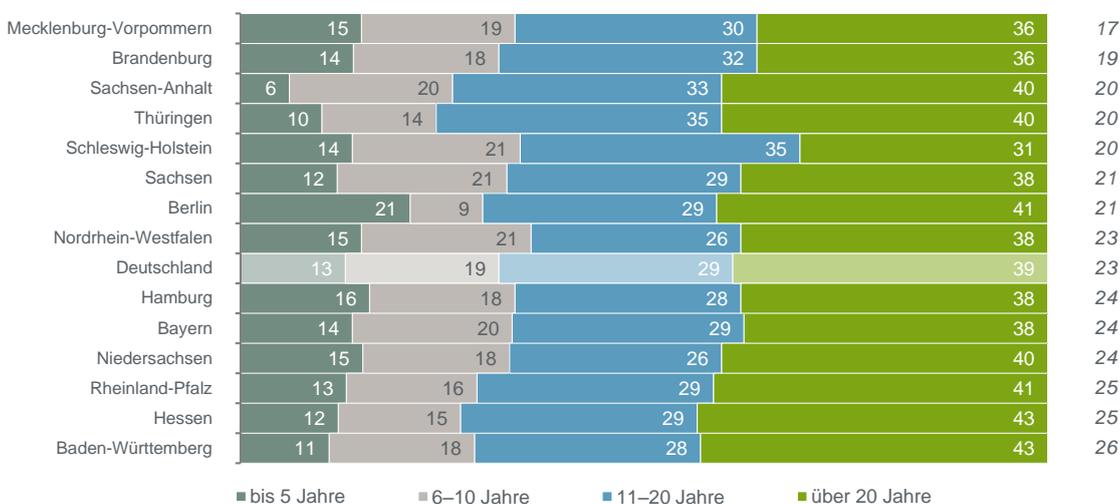
Anteile für VZÄ-Größenklassen in Prozent



Quelle: KfW Research.

Grafik 5: Betriebsalter der KMU nach Bundesländern

Anteil KMU je Altersgruppe in Prozent – Durchschnittliches Unternehmensalter in Jahren (kursiv) / Aufsteigende Sortierung nach Durchschnittsalter



Quelle: KfW Research.

Dienstleistungen prägen Mittelstand überall – dennoch große Unterschiede

Auch bei der Branchenzusammensetzung gibt es zwischen den Bundesländern einige Gemeinsamkeiten. So prägen in allen Teilen Deutschlands Dienstleistungsunternehmen den Mittelstand. Dieser Umstand reflektiert die in allen entwickelten Volkswirtschaften zu beobachtende Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes hin zum Dienstleistungsbereich. Zum einen spielt hier die Auslagerung bzw. Vergabe vormals unternehmensintern durchgeführter Leistungen an Fremdunternehmen eine Rolle (beispielsweise IT-Wartung, Datenspeicherung, Personalrekrutierung, Bereiche Recht und Steuern). Zum anderen erzeugen strukturelle Entwicklungen schon länger eine erhöhte Dienstleistungsnachfrage (beispielsweise im Zuge des demografischen Wandels).

Gegenwärtig sind über 2,8 Mio. Dienstleister im Mittelstand aktiv. Je nach Bundesland schwankt ihr Anteil zwischen 77 % und bemerkenswerten 95 % (Grafik 6). Nicht zuletzt sind sie Hauptträger des Beschäftigungsaufbaus der letzten Jahre: Alle mittelständischen Dienstleistungsunternehmen zusammen beschäftigen aktuell 18,4 Mio. Erwerbstätige (ohne Handel). Zur Jahrtausendwende waren es „nur“ 12,7 Mio.

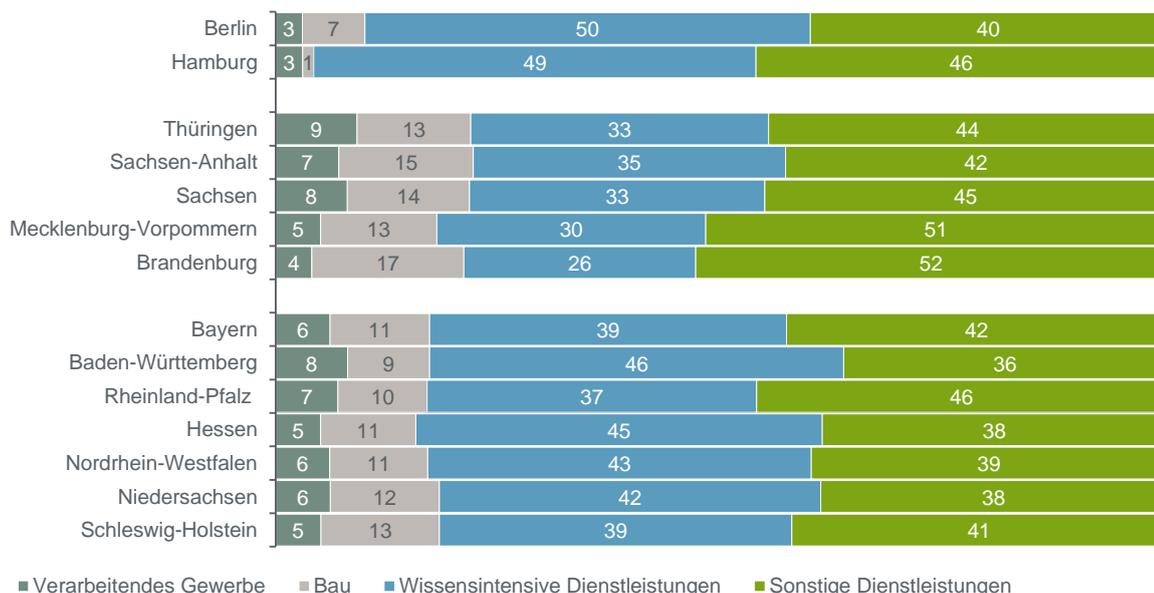
Ein genauer Blick auf die Zusammensetzung der Branchen in den Bundesländern verdeutlicht aber auch einige Unterschiede. Drei größere Ländergruppen treten hervor:

- In den **Stadtstaaten Berlin und Hamburg** dominieren KMU der wissensintensiven Dienstleistungen (50 bzw. 49 %), wie beispielweise Rechtsanwaltskanzleien, Architektur- und Ingenieurbüros, PR-, Finanz- oder Personalberatung.⁴ Diese Ballung von Dienstleistungen auf engem geografischen Raum lässt sich vor allem mit den Bedürfnissen dieser Branchen erklären: Sie profitieren von so genannten Urbanisierungsvorteilen wie Diversifizierung, großen Kundengruppen, kurzen Distanzen und den Vorteilen eines effizienten Ideen- und Informationsaustausches.⁵ Insgesamt betrifft dies Branchen mit einem hohen Akademikeranteil bzw. einer starken Technologieorientierung. Das Verarbeitende Gewerbe wie auch das Baugewerbe sind in Berlin und Hamburg dagegen kaum vertreten.

- In den **ostdeutschen Flächenländern** stehen vor allem die weit überdurchschnittlichen Anteile von Bauunternehmen hervor (13 bis 17 %). Ursache hierfür ist unter anderem der Investitionsschub in Infrastruktur, Wohnungs- sowie Industriebauten, der sich nach der Wiedervereinigung in den ostdeutschen Bundesländern einstellte. Dies hat den Bedarf an Bauunternehmen und Handwerksbetriebe hoch gehalten.⁶ Unternehmen der wissensintensiven Dienstleistungen sind dagegen unterrepräsentiert (26 bis 35 %). KMU im Bereich der sonstigen Dienstleistungen sind insbesondere in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern präsent (52 bzw. 51 %). Darunter fallen unter anderem Unter-

Grafik 6: Branchenverteilung nach Bundesländern

Unternehmensanteile in Prozent



Anmerkung: Darstellung der Branchenverteilung aus methodischen Gründen ohne die Anteile für die Kategorie „Sonstige Branchen“.

Quelle: KfW Research.

nehmen aus den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung, Gastronomie- und Hotelgewerbe oder Kultur und Sport.

- Recht einheitlich ist die Branchenverteilung auch in den **westdeutschen Flächenländern**. Auffällig ist, dass die Transformation der westdeutschen Wirtschaftsstruktur hin zu mehr Dienstleistungen – vor allem Unternehmensdienstleistungen – bereits weiter vorangeschritten ist als in Ostdeutschland. KMU im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen weisen hier mit 37 bis 46 % sehr hohe Anteile auf.

Beschäftigungsaufbau und Umsatzwachstum in allen Regionen Deutschlands

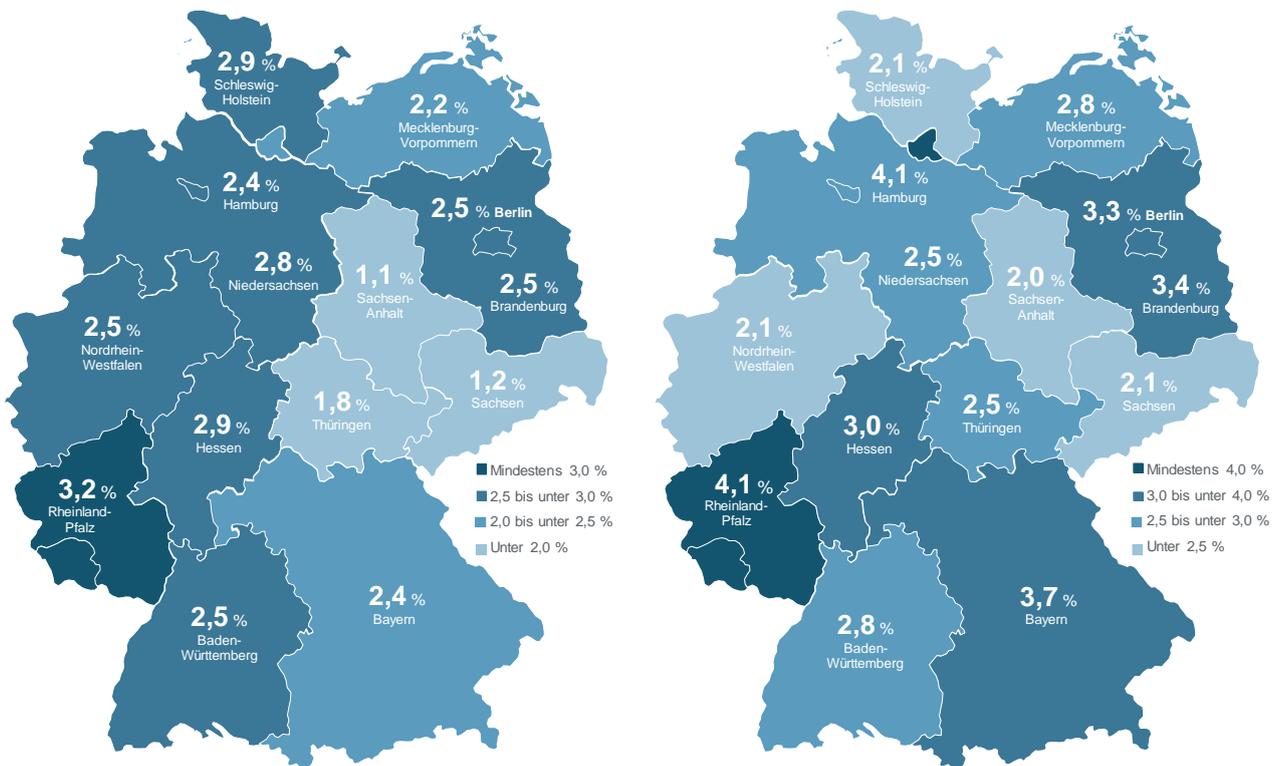
Auf die Binnenkonjunktur in Deutschland war für den überwiegend inlandsorientierten Mittelstand in den vergangenen Jahren Verlass. Besonders zuletzt sorgten privater Konsum und der kräftige Zuwachs im Wohnungsbau für Rückenwind, von dem alle Regionen Deutschlands profitieren konnten. Umsätze und Beschäftigung haben bei KMU in allen Bundesländern zugelegt (Grafik 7).

Deutschlandweit konnte der Mittelstand in den letzten Jahren ein jährliches Beschäftigungsplus von etwa 2,4 % vorweisen (Durchschnitt 2012–2016). Die stärk-

sten Zuwächse konnten Mittelständler aus Rheinland-Pfalz verbuchen (3,2 %), dicht gefolgt von KMU aus Hessen und Schleswig-Holstein. In diesen Bundesländern ist die Zahl der Vollzeitäquivalent-Beschäftigten um durchschnittlich rund 3 % gestiegen.⁷ Mit einem durchschnittlichen jährlichen Plus von 1,1 % bilden KMU aus Sachsen-Anhalt das Schlusslicht beim Beschäftigungszuwachs. Aber auch Unternehmen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern verbuchen ein unterdurchschnittliches VZÄ-Wachstum.

Beim Umsatzwachstum führen Hamburg und Rheinland-Pfalz die Rangliste an. Die Umsätze der dort ansässigen Unternehmen stiegen durchschnittlich um 4,1 % im Jahr. Bayern folgt dichtauf mit 3,7 %. Am unteren Ende rangieren KMU aus Sachsen-Anhalt, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die mit jährlichen Umsatzwachstumsraten von etwa 2 % allerdings gute Steigerungen erzielen konnten. Insgesamt ist die länderspezifische Auswertung Spiegelbild der in der Gesamtsicht soliden Wachstumsdynamik im Mittelstand hier zu Lande. Zuletzt nahm die Dynamik sogar leicht zu (3,7 % Wachstum 2016) – dies war das größte Plus seit fünf Jahren. Die gesamten Umsätze beliefen sich dabei zuletzt auf knapp 4.500 Mrd. EUR (2016).

Grafik 7: Wachstumsraten der Beschäftigung (links) und des Umsatzes (rechts) nach Bundesländern



Quelle: KfW Research.

Große Unterschiede bei der Rentabilität

Für den Unternehmenserfolg ganz entscheidend ist nicht nur das Umsatzwachstum, sondern auch welcher Anteil von den erzielten Umsätzen als Gewinn tatsächlich im Unternehmen verbleibt. Die Umsatzrendite – eine wichtige Kennzahl der Unternehmensrentabilität – zeigt, dass es dabei durchaus stärkere Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt.⁸ Eine hohe und stabile Umsatzrendite ist nicht zuletzt von Bedeutung, da diese neben der Eigenkapitalquote ein zentrales Bewertungskriterium von Kreditnehmern bei Kreditvergabeentscheidungen ist. Entsprechend ist der Zugang zu Investitionskrediten für mittelständische Unternehmen stark an diese Kennziffer gekoppelt.

Die überdurchschnittlich hohen Umsatzzuwächse der Mittelständler aus Rheinland-Pfalz verhelfen den Unternehmen dort auch zu hoher Rentabilität (Grafik 8). Im Durchschnitt können die hier ansässigen KMU Umsatzrenditen von 7,9 % vorweisen. Dies spricht für eine hohe Wirtschaftlichkeit. Oberhalb des Bundesdurchschnitts von 6,3 % liegen auch die Renditen von KMU aus Hamburg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Eine unterdurchschnittliche Umsatzrendite haben KMU insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (4,8 %) sowie Sachsen-Anhalt (4,6 %).

Der Anteil von Unternehmen, die Verluste erzielen (eine negative Umsatzrendite erzielen) ist vor allem in Thüringen, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern gering (jeweils 11 % im Jahresdurchschnitt); dagegen insbesondere in Berlin vergleichs-

weise hoch. Fast jedes fünfte Unternehmen in Berlin muss Verluste verkraften.

Eine hohe Umsatzrendite von 10 % und darüber weisen Unternehmen in erster Linie in Hessen, Bayern und Niedersachsen auf. Überdurchschnittlich viele KMU agieren in diesen Bundesländern sehr profitabel.

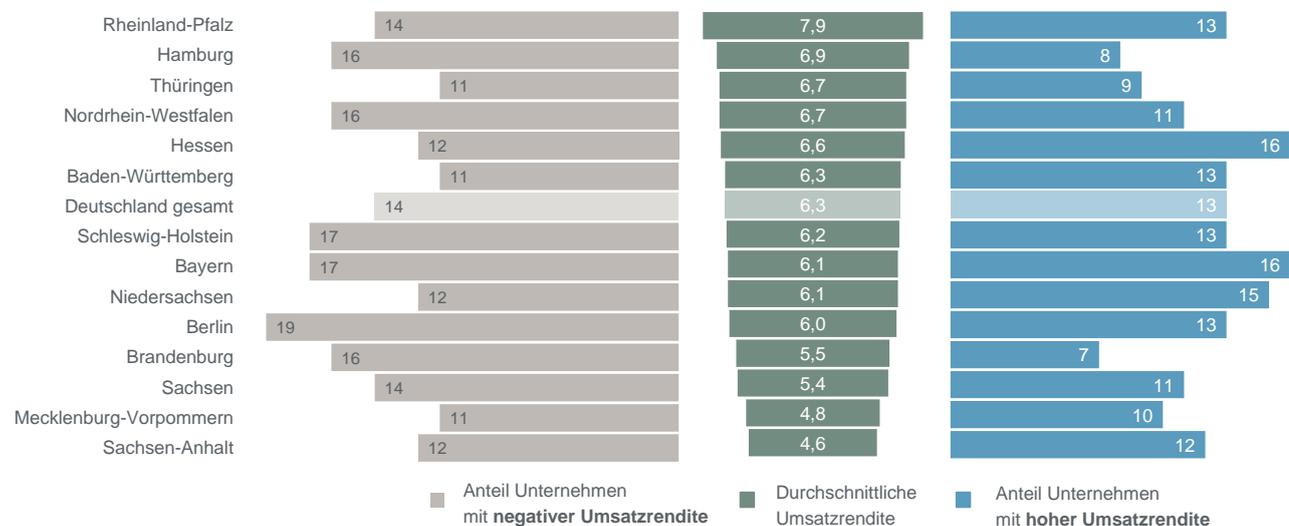
Standortfaktor Häfen: Mittelständler aus Hamburg stark im Auslandsgeschäft

Mit Umsätzen von rund 547 Mrd. EUR (im Jahr 2016) spielt das Auslandsgeschäft eine wichtige Rolle für die Gesamtumsätze des Mittelstands. Die Bedeutung der internationalen Verflechtung für die KMU ist zwischen den Bundesländern aber höchst unterschiedlich (Grafik 9).

Mit deutlichem Abstand führt Hamburg die Rangliste an. Mehr als jedes dritte hier ansässige Unternehmen erzielt grenzüberschreitend Umsätze (38 %). Besonders auffällig ist hier die über Europa hinausgehende Aktivität. Mit 21 % aller KMU erzielen in Hamburg enorm viele Mittelständler außereuropäische Umsätze. Jedes dritte mittelständische Unternehmen aus Hamburg ist ferner zumindest auf europäischen Märkten aktiv. Hamburg profitiert dabei von seiner geografischen Lage bzw. vom Hafen als entscheidendem Standortfaktor (Containerschifffahrt, Anbindung an das Binnenwasserstraßennetz, Schienennetzanbindung, etc.). Die Rahmenbedingungen für Auslandsaktivitäten sind damit überdurchschnittlich vorteilhaft.

Grafik 8: Kennziffern zum Umsatzrendite nach Bundesländern

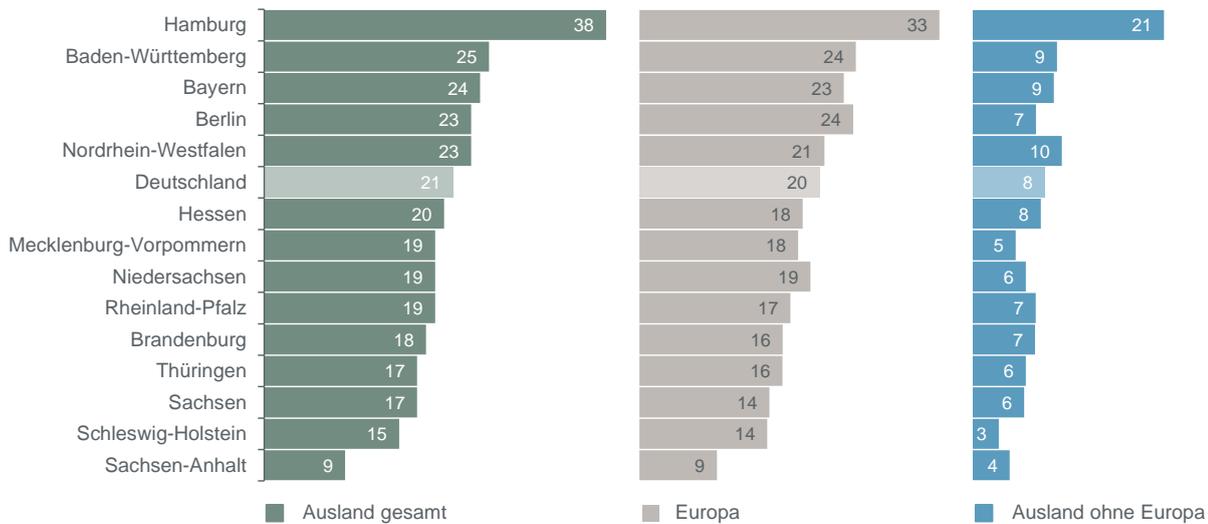
Unternehmensanteile bzw. Umsatzrendite in Prozent



Quelle: KfW Research.

Grafik 9: Anteil auslandsaktive KMU nach Bundesländern und Regionen

Unternehmensanteile in Prozent



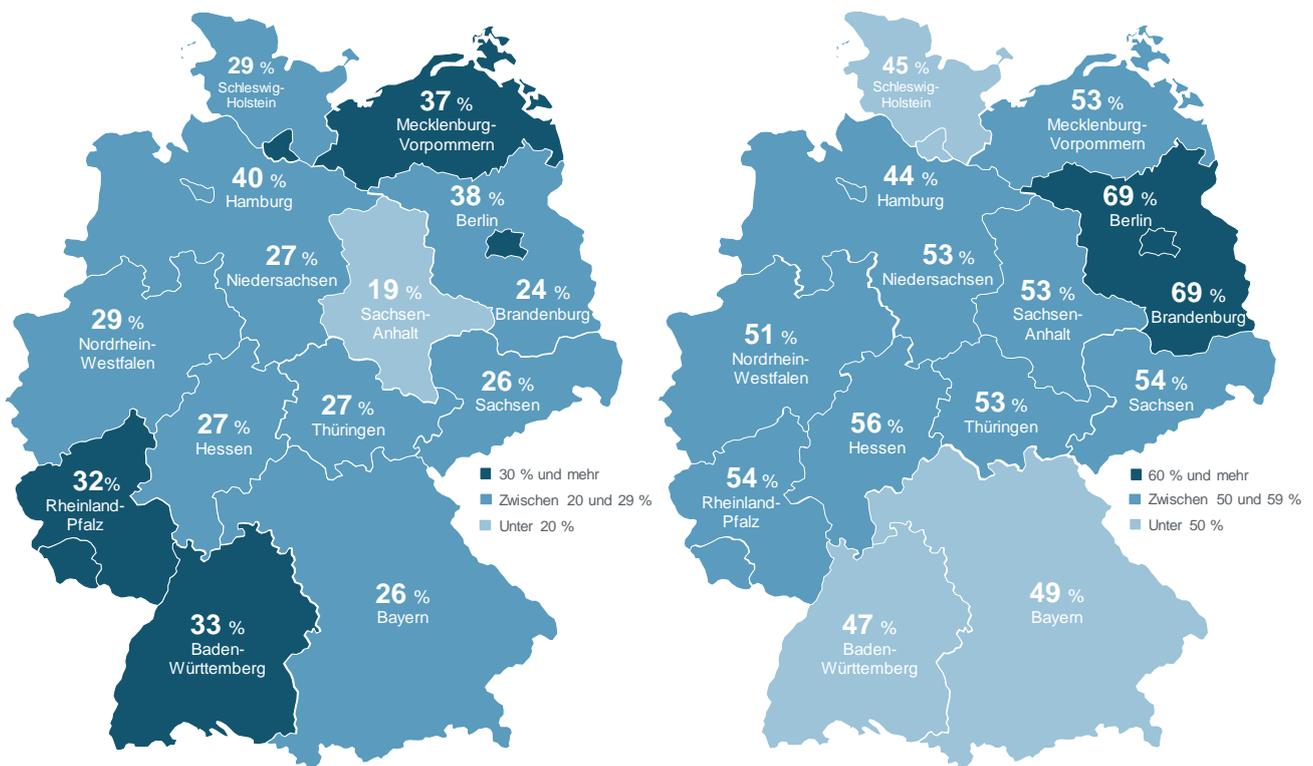
Quelle: KfW Research.

Weit unterdurchschnittlich auslandsaktiv sind KMU aus Sachsen-Anhalt – weniger als jedes zehnte Unternehmen erzielt grenzüberschreitend Umsätze (9%). Die Unternehmen dort sind weitaus stärker regional ausgerichtet bzw. binnenorientiert. Der Umsatzbeitrag, der im engeren regionalen Umkreis erzielt wird, liegt für KMU aus Sachsen-Anhalt bei 53% (Grafik 10). Im Gegen-

satz dazu liegt dieser Wert bei Unternehmen aus Bundesländern mit einem höheren Internationalisierungsgrad des Mittelstands unter 50%. Wenig überraschend weisen KMU aus Hamburg daher den niedrigsten Regionalanteil am Gesamtumsatz von 44% auf – parallel aber mit 40% den höchsten Auslandsanteil. In Sachsen-Anhalt beläuft sich der Umsatzanteil, der im

Grafik 10: Anteil des Auslandsumsatzes (links) und Anteil des lokal erzielten Umsatzes (rechts)

Jeweils im Verhältnis zum Gesamtumsatz; Links: Nur Unternehmen mit Auslandsumsatz / Rechts: Nur Unternehmen mit lokalem Umsatz innerhalb eines 50km-Umkreises.



Quelle: KfW Research.

Ausland erzielt wird, nur knapp auf die Hälfte (19 %).

Den mit Abstand stärksten regionalen Fokus haben Unternehmen aus Berlin und Brandenburg – durchschnittlich jeweils 69 % der Umsätze erzielen die Mittelständler dort im engeren regionalen Umfeld. Das lässt sich zurückführen auf die hohe und breite Nachfrage des Ballungsraumes Berlin.

Investitionsspitzenreiter? Brandenburg!

Investitionen sind die entscheidende Stellschraube zur langfristigen Sicherung des Unternehmenserfolgs, indem der Kapitalstock erneuert, Kapazitäten erweitert, Kosten eingespart oder neue Geschäftsfelder und Technologien erschlossen werden. Zudem trägt eine rege Investitionstätigkeit von KMU zur konjunkturellen Entwicklung bei, erhöht das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial und leistet einen bedeutsamen Beitrag zum langfristigen Wirtschaftswachstum.

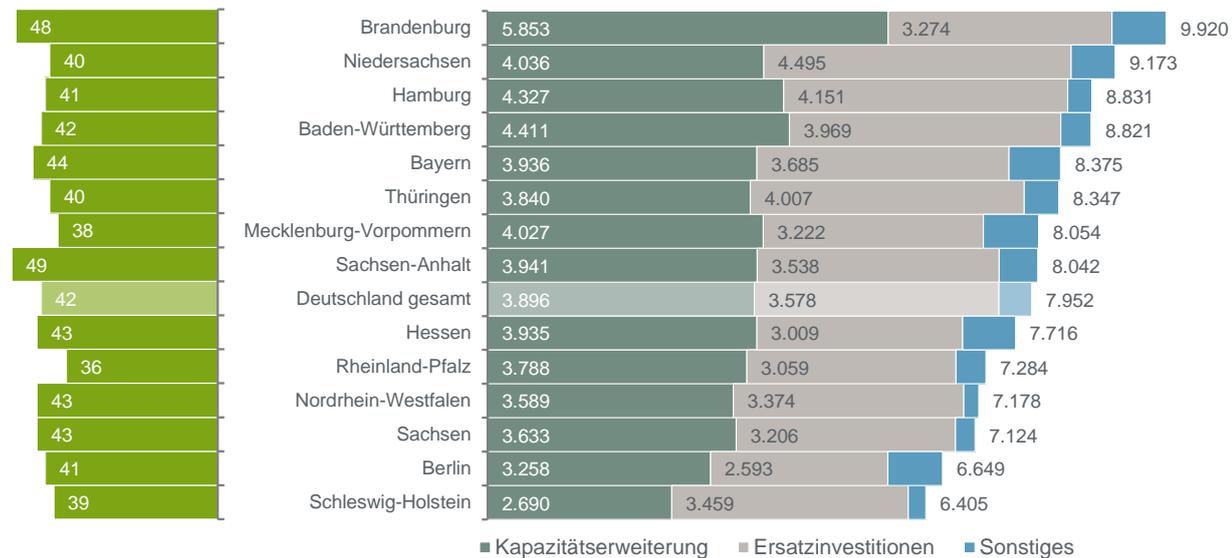
Die Bereitschaft mittelständischer Unternehmen, Investitionsvorhaben zu tätigen, hat allerdings seit den Krisenjahren 2008/2009 abgenommen und stagniert seitdem auf geringem Niveau. Vor allem die Kleinstunternehmen halten sich mit Investitionsprojekten zurück. Ein Blick auf die Bundesländer zeigt: Die Investitions-

bereitschaft der KMU ist recht nah beieinander (Grafik 11, links). Die Abweichungen vom gesamtdeutschen Wert von 42 % (durchschnittlicher Anteil investierender KMU zwischen 2012–2016) sind meist moderat. Lediglich KMU aus Rheinland-Pfalz weisen eine stärker unterdurchschnittliche Investitionsneigung auf (-6 Prozentpunkte Abweichung vom gesamtdeutschen Mittelwert) – wohingegen KMU aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Durchschnitt häufiger Investitionen tätigen (48 bzw. 49 %).

Werden die Investitionen der KMU allerdings an der jeweiligen Beschäftigtenzahl gemessen (Investitionsintensität in Euro je Vollzeitäquivalent-Beschäftigtem), zeigen sich weitaus stärker ausgeprägte Länderdifferenzen (Grafik 11, rechts). „Investitionsspitzenreiter“ sind danach KMU aus Brandenburg mit einer durchschnittlichen Investitionssumme je VZÄ-Beschäftigtem von rund 9.900 EUR. Schon deutlich darunter liegen Mittelständler aus Niedersachsen (rund 9.200 EUR je VZÄ-Beschäftigtem) sowie Hamburg und Baden-Württemberg mit jeweils rund 8.800 EUR. Zum Vergleich: Damit investieren Unternehmen aus Brandenburg im Durchschnitt pro Vollzeitstelle etwa ein Drittel mehr in den Ausbau und den Erhalt ihrer Strukturen als KMU aus Schleswig-Holstein oder Berlin.

Grafik 11: Investitionstätigkeit der KMU nach Bundesländern

Anteil Unternehmen mit Investitionen in Prozent (links) – Investitionsvolumen in Euro je VZÄ-Beschäftigtem (gesamt und verteilt auf Investitionsarten)



Lesehilfe: In Brandenburg investieren 48 % aller Mittelständler. Das durchschnittliche Investitionsvolumen je Vollzeitäquivalent-Beschäftigtem beläuft sich dabei auf 9.920 EUR. Davon entfallen 5.853 EUR auf Erweiterungsinvestitionen (rund 59 %) und weitere 3.274 EUR auf Ersatzinvestitionen (rund 33 %). Der Rest entfällt auf die Kategorie Sonstiges.

Anmerkung: Mit dem Investitionsvolumen gewichtet. Sonstiges umfasst unter anderem Innovation, Rationalisierung, Sanierung und Reparaturen.

Quelle: KfW Research.

Bei der Unterscheidung nach Investitionsarten zeigt sich (weit gehend) das folgende Muster: Wird mehr in Kapazitätserweiterungen investiert (beispielsweise Anschaffung einer zusätzlichen Produktionsstraße, Ausbau der Transportkapazitäten, Auslandseintritt), fallen in der Regel die Gesamtinvestitionen ebenfalls höher aus (gemessen an der Investitionsintensität). Besonders deutlich zeigt sich das für Brandenburg mit einem Anteil der kapazitätserweiternden Investitionen von 59 % – das sind 17 Prozentpunkte mehr als bei KMU aus Schleswig-Holstein mit 42 %. Aus früheren Untersuchungen ist diesbezüglich bekannt, dass kapazitätserweiternde Investitionen eher von KMU mit positiven Geschäftserwartungen vorgenommen werden. Dagegen konzentrieren sich tendenziell vorsichtige Inhaber stärker auf Ersatzinvestitionen.⁹

Investitionsfinanzierung: Stadtstaaten setzen auf Eigenmittel

Dass mittelständische Unternehmen den größten Anteil der Investitionsfinanzierung über Eigenmitteleinsatz stemmen ist bekannt. Die Unternehmen haben Gewinnzuwächse in den letzten Jahren weit gehend einbehalten und finanzielle Polster geschaffen. Vor allem am aktuellen Rand wurde stark darauf zurückgegriffen – der Eigenmitteleinsatz erreichte ein Allzeithoch.¹⁰

Den höchsten Eigenmittelanteil zur Finanzierung der Investitionen wenden KMU aus Berlin auf (Grafik 12). Im Durchschnitt haben die hier ansässigen mittelständischen Unternehmen 62 % ihres jährlichen Investitionsvolumens mit internen Mitteln finanziert. Auch KMU in Hamburg und Brandenburg nutzen zur Finanzierung

ihrer Investitionen überdurchschnittlich viele Eigenmittel (61 und 60 %).

Spiegelbildlich setzen KMU in diesen Ländern in weit aus geringerem Ausmaß auf die Kreditfinanzierung ihrer Investitionen. Vor allem bei KMU in Hamburg ist der Anteil der Bankkredite am jährlichen Investitionsvolumen mit 19 % so gering wie in keinem anderen Bundesland. Dazu passt, dass in diesen Ländern auch die grundsätzliche Neigung, Verhandlungen mit Banken oder Sparkassen über Investitionskredite zu führen, geringer ausgeprägt ist (24–28 % der investierenden Unternehmen).

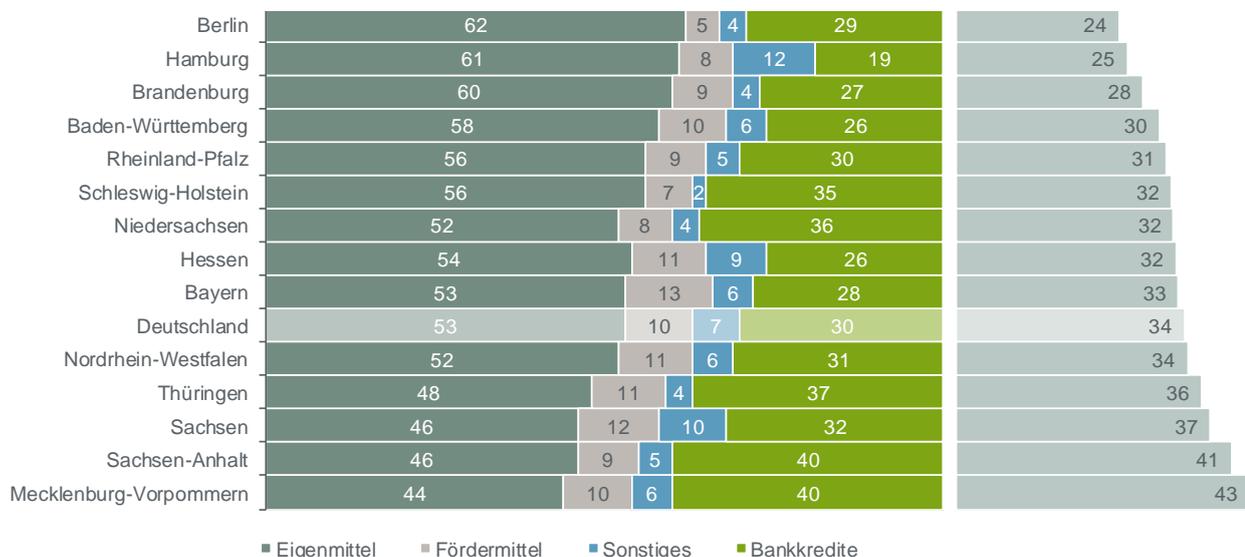
Der geringe Fremd- sowie hohe Eigenmittelanteil speziell in den Stadtstaaten dürfte unter anderem eng mit dem dort hohen Anteil der in freiberuflichen Tätigkeitsfeldern aktiven Dienstleistungen zusammenhängen. Deren Investitionsprojekte sind in der Regel weniger kapitalintensiv und können eher aus eigenen Mitteln bestritten werden. Für die Realisierung eher großvolumiger Investitionen ist dagegen oftmals der Zugang zu externen Finanzierungsquellen von maßgeblicher Bedeutung.

Neigung zur Kreditfinanzierung bei KMU aus Ostdeutschland stärker ausgeprägt

Die stärkste Neigung zur Kreditfinanzierung haben KMU aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie finanzierten etwa vier Zehntel ihres jährlichen Investitionsvolumens über Bankkredite – ein gegenüber Unternehmen aus Hamburg doppelt so hoher Anteil. Entsprechend haben

Grafik 12: Investitionsfinanzierung und Anteil KMU mit Kreditverhandlungen

Anteil am Investitionsvolumen in Prozent (links) – Anteil KMU mit Kreditverhandlungen an den investierenden Unternehmen in Prozent (rechts)



Quelle: KfW Research.

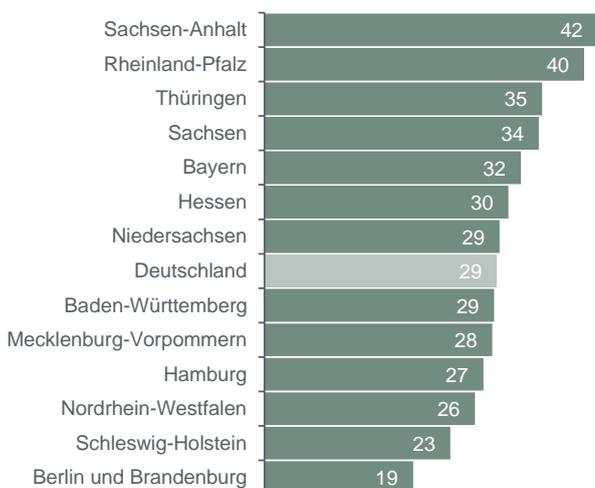
in diesen Bundesländern auch überdurchschnittlich viele Unternehmen Kreditverhandlungen geführt: Wagt deutschlandweit im Durchschnitt rund jedes dritte investierende KMU den Gang zu einer Bank oder Sparkasse, sind es in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt jeweils mehr als 40 %. Hingegen werden dort (sowie in Sachsen und Thüringen) mit Anteilen von jeweils unter 50 % vergleichsweise weniger Eigenmittel zur Investitionsfinanzierung eingesetzt.

Eigenkapitalquoten der KMU zeigen große Spannweite

Für den externen Finanzierungszugang ganz entscheidend ist die Bonität eines Unternehmens.¹¹ Die Eigenkapitalquote spielt dabei eine wichtige Rolle.¹² Hier schneiden Unternehmen aus den meisten ostdeutschen Flächenländern besonders gut ab (Grafik 13). KMU aus Sachsen-Anhalt können den höchsten Wert aufweisen, mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 42 %. Aber auch der Mittelstand in Thüringen und Sachsen kann mit rund 35 bzw. 34 % eine ordentliche Eigenkapitalausstattung vorweisen.

Grafik 13: Eigenkapitalquoten

Angaben in Prozent



Anmerkung: Mit der individuellen Bilanzsumme gewichtete Mittelwerte der Eigenkapitalquote je Bundesland. Zur Berechnung werden nur bilanzierungspflichtige Unternehmen herangezogen. Zusammenfassung von Berlin und Brandenburg aus Gründen der Robustheit.

Quelle: KfW Research.

Die niedrigste Eigenkapitalquote weisen KMU in Berlin und Brandenburg auf (im Durchschnitt 19 %). Aber auch bei KMU in Schleswig-Holstein besteht mit einer Eigenkapitalquote von durchschnittlich 23 % noch Verbesserungspotenzial.

Die Ursachen für die vergleichsweise hohen Eigenkapitalquoten in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sind nicht eindeutig zu bestimmen. Neben Unterschieden

in der Branchenstruktur kommt für diese ostdeutschen Länder die Besonderheit hinzu, dass der Anteil unselbstständiger Niederlassungen (westdeutscher Unternehmen) hoch ist.¹³ Dabei handelt es sich häufig um Produktionsstätten mit im Durchschnitt höheren Eigenkapitalquoten.¹⁴ Man spricht hier auch von so genannten „verlängerten Werkbänken“.¹⁵

Diese im Vergleich sehr hohen Eigenkapitalquoten könnten einen Erklärungsbeitrag liefern, warum überdurchschnittlich viele KMU in diesen Bundesländern Kreditverhandlungen geführt haben. Das günstige Finanzierungsumfeld der jüngsten Vergangenheit (weitgehend offener Kreditzugang, sinkende Zinsaufwendungen) und die aufgrund der guten Eigenkapitalausstattung höheren Erfolgsaussichten einen Bankkredit zu erhalten, könnte die Unternehmen motiviert haben den Gang zur Bank zu wagen. Eigene liquide Mittel können so einbehalten werden, um für zukünftige Investitionsprojekte ein finanzielles Polster zu haben.

Demografie und Nachfolge vielerorts problematisch

Der demografische Wandel hat Deutschland erfasst: Die Bevölkerungszahlen sinken, das Durchschnittsalter steigt, auch die Erwerbsbevölkerung wird zunehmend älter. Dabei hat sich die allgemeine demografische Entwicklung in der Inhaberschaft der KMU rascher vollzogen als in Deutschland insgesamt.¹⁶

Im Jahr 2016 waren allein 39 % aller Unternehmensinhaber 55 Jahre oder älter. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 waren es gerade einmal 20 %. Damit hat mehr als ein Drittel aller Unternehmenslenker – oder rund 1,4 Mio. KMU-Chefs – ein Alter erreicht, in dem Erwerbstätige Gedanken über den Ruhestand nachgehen.

Für mittelständische Unternehmen bergen die demografischen Prozesse sowohl Chancen wie auch große Herausforderungen¹⁷ – vor allem rückt das erfolgreiche Management der Unternehmensnachfolge mehr und mehr ins Zentrum.¹⁸ Allein in den kommenden beiden Jahren planen 236.000 Inhaber den Rückzug aus ihrem Unternehmen – und wollen das Unternehmen in die Hände eines Nachfolgers legen. Das sind allein 6 % aller KMU in Deutschland bis Ende 2019.¹⁹

Parallel mangelt es an nachrückenden Existenzgründern. Deren Anzahl sinkt seit Jahren – von über 1,5 Mio. im Jahr 2001 auf nur noch 672.000 im Jahr 2016.²⁰ Speziell für die Nachfolgersuche wirkt verschärfend, dass rund drei Viertel der Existenzgründer lieber neu gründen anstatt auf bestehende Strukturen zurückzugreifen. Im Jahr 2016 haben sich nur rund

154.000 Existenzgründer durch eine Unternehmensbeteiligung oder -übernahme selbstständig gemacht.²¹ Das sind deutlich zu wenige, um den Bedarf an qualifizierten Nachfolgern zu decken.

Nicht überall in Deutschland sind die Alterung der KMU-Inhaber und anstehende Nachfolgen gleichermaßen ein drängendes Problem (Grafik 14 und 15): Besonders ausgeprägt zeigt sich die Alterung der Inhaber in Schleswig-Holstein. Dort sind fast die Hälfte der KMU-Inhaber 55 Jahre oder älter – das Durchschnittsalter liegt bei 55 Jahren. Das liegt auch daran, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, in dem die Gründungsneigung älterer Personen die Gründungsneigung der Jungen übersteigt.²² Ein Nebeneffekt: Mit steigendem Inhaberalter nimmt naturgemäß auch der Erfahrungsschatz der Unternehmenslenker zu (Grafik 16). Nirgends sonst können die KMU-Inhaber so viel Berufs- und Branchenerfahrung vorweisen.

Auch in Thüringen (44 %) und Baden-Württemberg (41 %) ist der Anteil älterer Inhaber vergleichsweise hoch. Speziell diese Bundesländer stehen damit vor

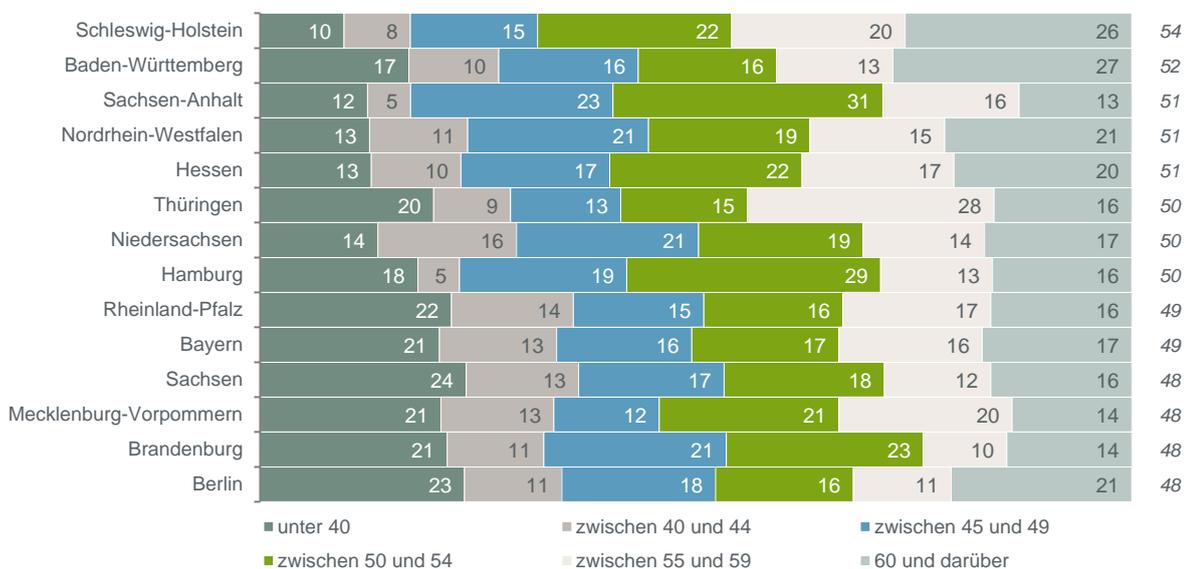
größeren strukturellen Herausforderungen. Nachfolgeprozesse müssen überdurchschnittlich häufig angestoßen werden. In Schleswig-Holstein planen 21 % der Mittelständler, die Übergabe oder den Verkauf des Unternehmens an einen Nachfolger in einem Dreijahreszeitraum (entweder innerhalb oder außerhalb der Familie). Das ist mit Abstand der höchste Wert aller Bundesländer, gefolgt von Thüringen, Hessen und Baden-Württemberg (je 17 %).

Anders stellt sich die Situation in Hamburg, Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern dar. Hier liegt der Anteil der KMU-Inhaber, die kurzfristig eine Nachfolge anstreben, unter dem Durchschnitt. Insbesondere in Hamburg dürften es übernahmewillige Gründer schwer haben – dort stehen lediglich 4 % der KMU kurzfristig zur Nachfolge an.

Die im Mittel jüngsten Unternehmenslenker finden sich unter anderem in Sachsen. Das Durchschnittsalter liegt bei 48 Jahren, und ein vergleichsweise niedriger Anteil von 14 % aller KMU, beschäftigt sich mit einer Unternehmensnachfolge. Generell ist die Altersverteilung in den ostdeutschen Bundesländern vorteilhafter. Die Inhaber sind im Durchschnitt vergleichsweise jung.

Grafik 14: Inhaberalter nach Bundesländern

Unternehmensanteile je Inhaber-Altersklasse in Prozent – Durchschnittliches Inhaberalter in Jahren (kursiv) / Absteigende Sortierung nach Durchschnittsalter

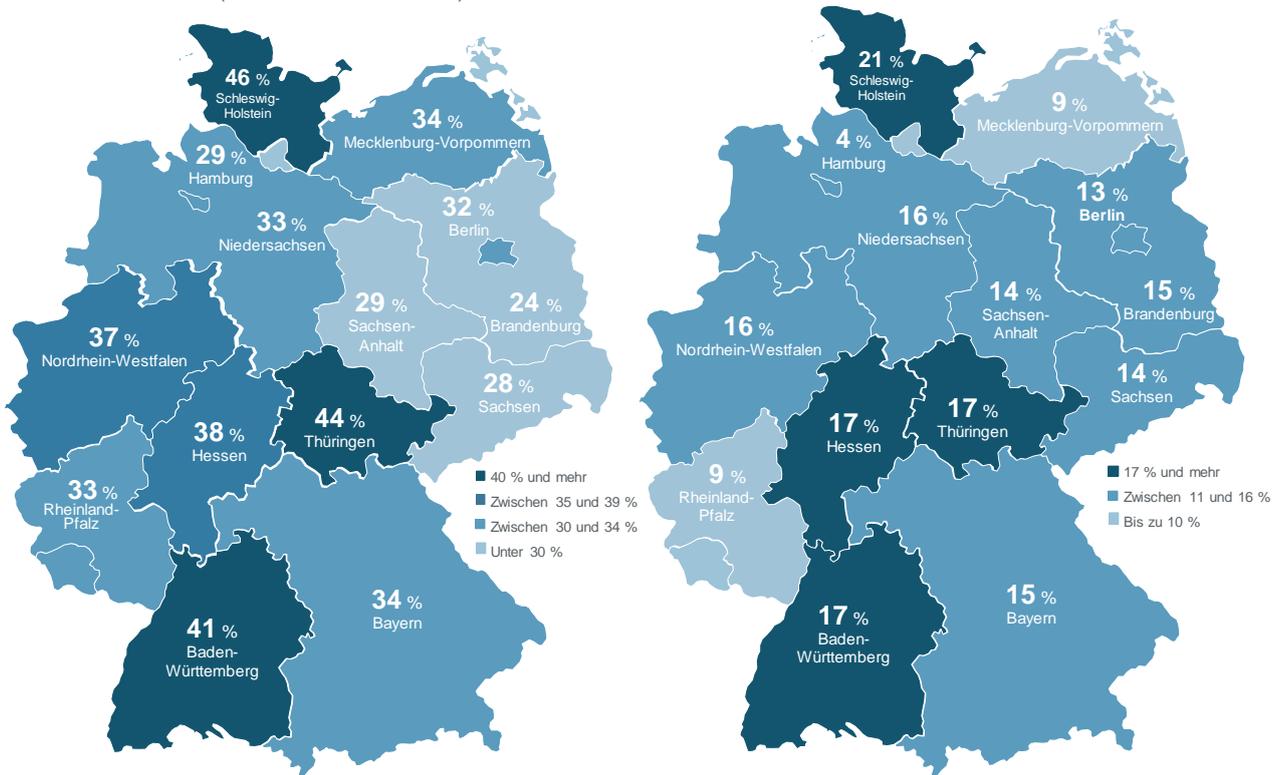


Anmerkung: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt. Regelmäßige Befragungsteilnehmer werden aufgrund eines per Definition zunehmendem Inhaberalter ausgeklammert.

Quelle: KfW Research.

Grafik 15: Anteile Inhaber über 55 Jahre sowie Anteile KMU mit geplanter Nachfolge nach Bundesländern

Links: Anteil der Inhaber an allen KMU mit 55 Jahren oder älter (Durchschnitt 2012–2016) / Rechts: Anteil der KMU mit einer geplanten Nachfolge innerhalb drei Jahren (Durchschnitt 2011–2015)

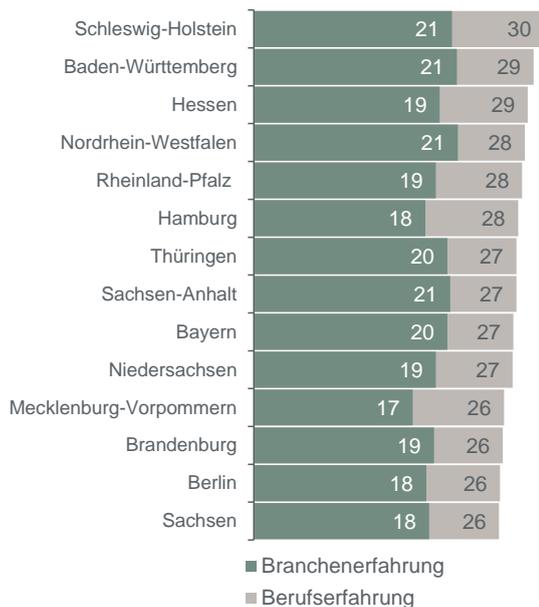


Anmerkungen: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt. Regelmäßige Befragungsteilnehmer wurden aufgrund eines per Definition zunehmenden Inhaberalters ausgeklammert. Abbildung zur Unternehmensnachfolge (rechte Seite) basierend auf einer repräsentativen Regionalauswertung der Berichtsjahre 2011–2015 des KfW-Mittelstandspanels. Das jüngste Berichtsjahr 2016 (Erhebung im Jahr 2017) kann hier aufgrund der modifizierten Erhebungsmethodik nicht berücksichtigt werden.

Quelle: KfW Research.

Grafik 16: Erfahrung der Inhaber

Angaben jeweils in Jahren



Quelle: KfW Research.

Mehr Diversität eine Lösung? Wo stehen die Länder?

Eine stärkere Mobilisierung von bislang nur unterdurchschnittlich in der Inhaberschaft vertretenen Personengruppen kann eine Option sein, um der demografischen Entwicklung und einer sich abzeichnenden „Nachfolgerlücke“ im Mittelstand entgegenzuwirken. Speziell Bundesländer, die durch eine demografisch unvorteilhafte Altersverteilung in der KMU-Inhaberschaft gekennzeichnet sind, sind gefordert.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf zwei Bevölkerungsgruppen: Frauen und Migranten. So sitzt deutschlandweit in den rund 3,7 Mio. mittelständischen Unternehmen bei rund 18 % eine Frau im Chefsessel.²³ Wenn der Zuwachs zuletzt auch ins Stocken geriet, mit einer Zunahme ist künftig zu rechnen. Die Anreize sind hoch. Ähnliches gilt für Migranten, die bereits jetzt schon für jede fünfte Existenzgründung verantwortlich sind, mit steigender Bedeutung.²⁴ Gegenwärtig werden deutschlandweit betrachtet rund 6 % aller mittelständischen Unternehmen von einem Inhaber geführt, der bei

Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß (im Folgenden Migranten genannt).

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern im Anteil frauengeführter Mittelständler sind erheblich (Grafik 17, links). In Nordrhein-Westfalen (14 %) sowie Berlin (13 %) und Thüringen (12 %) sind vergleichsweise wenig Mittelständler frauengeführt.

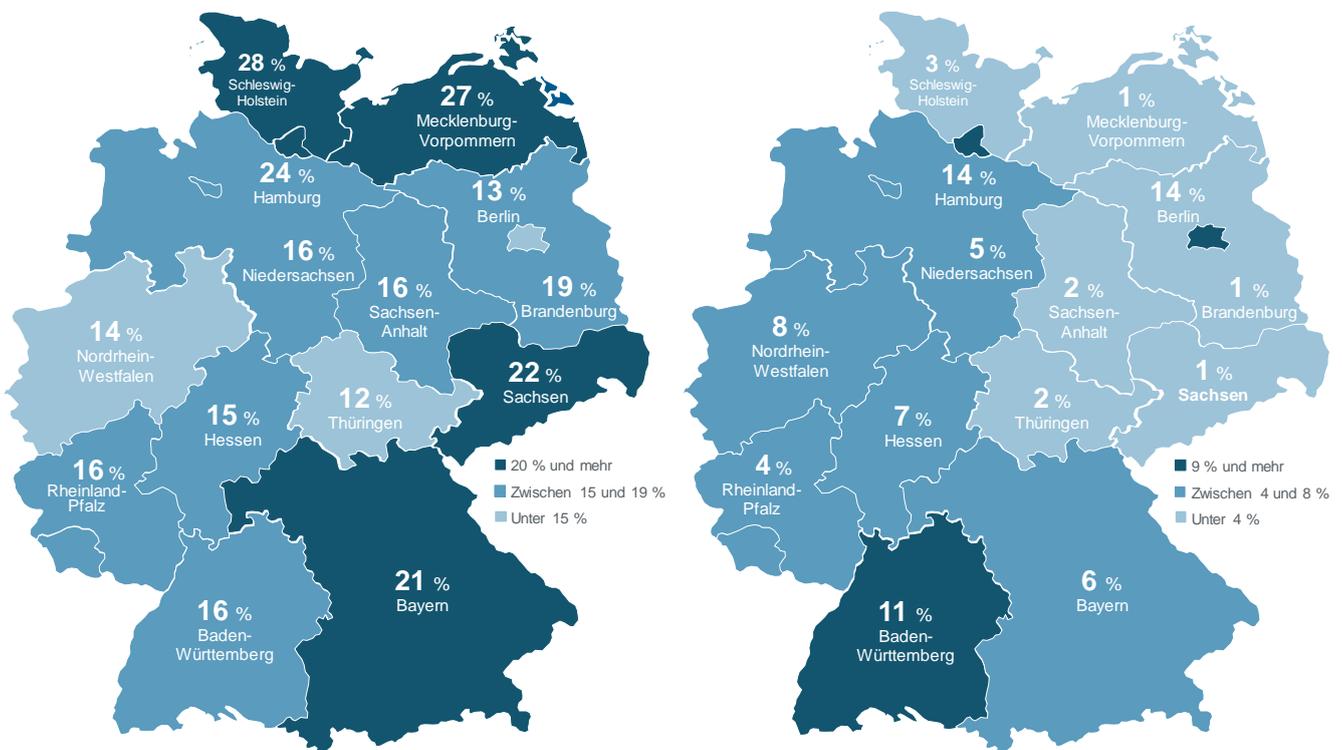
Dagegen werden in den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein (28 %), Mecklenburg-Vorpommern (27 %) und Hamburg (24 %) etwa ein Viertel der KMU von einer Frau geführt. Dieses Bild lässt sich zum großen Teil mit der Branchenverteilung erklären (Grafik 6). In diesen drei Bundesländern ist der Anteil der KMU im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen am höchsten. Genau dieses Segment besitzt nach Analysen von KfW Research einen sehr hohen Anteil weiblicher Inhaber:²⁵ So steht beispielweise im Teilsegment Erziehung und Unterricht bei nahezu jedem zweiten Mittelständler eine Frau an der Unternehmensspitze bzw. ist selbstständig mit ihrem eigenen Unternehmen tätig (46 %). Chefinnen finden sich darüber hinaus überproportional häufig im Gastronomie- und Hotelgewerbe, im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie im Bereich Pflege, Aus- und Weiterbildung (je etwa ein Drittel).

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern im Hinblick auf den Migrantanteil unter den mittelständischen Unternehmensinhabern ist Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Strukturen (Grafik 17, rechts): Der Anteil ist in denjenigen Bundesländern besonders hoch, die ohnehin einen hohen Ausländeranteil an der Bevölkerung aufweisen. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sind die Anteile mit jeweils 14 % am höchsten. Diese Länder weisen auch generell den größten Ausländeranteil innerhalb der Bevölkerung auf (Berlin auf Platz 1 mit 16 %, Hamburg auf Platz 2 mit 15 %)²⁶. Auch in den westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen sowie Hessen werden überdurchschnittlich viele KMU von Migranten geführt.

In allen fünf ostdeutschen Flächenländern ist der Anteil migrantengeführter KMU mit Werten zwischen 1 und 2 % sehr niedrig. Auch dies ist Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Strukturen. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung liegt in diesen Bundesländern jeweils bei 4 %.

Generell fällt auf, dass der Migrantanteil an der Inhaberschaft der KMU in jedem Bundesland niedriger

Grafik 17: Anteile frauengeführter KMU (links) und Anteil migrantengeführter KMU (rechts) nach Bundesländern



Anmerkungen: Die Bezeichnung Migrant umfasst im vorliegenden Kontext einen KMU-Inhaber, der bei seiner/ihrer Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

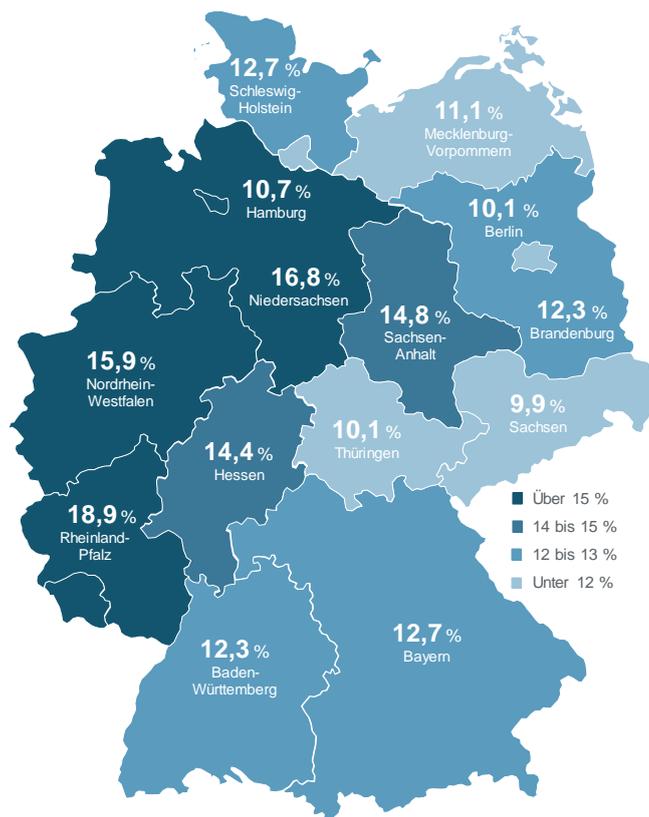
Quelle: KfW Research.

ist, als der Ausländeranteil an der Bevölkerung generell. Eine Erklärung liegt in der höheren Abbruchwahrscheinlichkeit der Migrantengründer innerhalb der ersten Jahre des Unternehmertums.²⁷ Der KfW-Gründungsmonitor weist hier auf die höhere Abhängigkeit der Gründungsaktivität der Migranten vom Arbeitsmarkt hin. Sie sind häufiger Notgründer aus Mangel an Erwerbsalternativen, und geben das Unternehmen schneller wieder auf, wenn sich ein attraktiver Arbeitsplatz bietet. Unterproportional viele migrantengeführte KMU erreichen daher ein hohes Betriebsalter (zum Vergleich: Das Durchschnittsalter eines KMU beträgt 23 Jahre).

Ausbildungsbeteiligung im Nordwesten am höchsten

Etwa 90 % aller Auszubildenden in Deutschland absolvieren ihre Ausbildung in einem mittelständischen Unternehmen, und damit etwa 1,2 Mio. Auszubildende in rund 440.000 KMU deutschlandweit (11,7 % aller KMU).

Grafik 18: Anteil ausbildender KMU



Quelle: KfW Research.

In den Bundesländern ist die Ausbildungsbeteiligung der KMU unterschiedlich (Grafik 18). Die nordwestdeutschen Flächenländer liegen vorn: In Rheinland-Pfalz bilden 18,9 % aller dort verankerten KMU aus. Auch Unternehmen aus Niedersachsen mit 16,8 % und Nordrhein-Westfalen mit 15,9 % sind über-

durchschnittlich ausbildungsaktiv. Die wenigsten Ausbildungsunternehmen finden sich in den ostdeutschen Flächenländern Sachsen, Thüringen (jeweils 10 %) und Mecklenburg-Vorpommern (11 %) sowie in den Stadtstaaten Berlin (10 %) und Hamburg (11 %).

Verantwortlich dafür sind die unterschiedlichen Strukturen des Mittelstands in den Ländern: So dominieren in den Stadtstaaten die Dienstleistungsunternehmen. Traditionell starke Ausbildungsbranchen (Verarbeitendes Gewerbe, Bau, Handwerk) mit Ausbilderanteilen von 20–30 % sind in Großstädten seltener vertreten. In Ostdeutschland sind Kleinunternehmen besonders häufig. Allerdings mangelt es durch Bevölkerungsrückgang vielerorts auch an Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, nicht nur am Angebot.

Ähnliche Herausforderungen für den Mittelstand bei unterschiedlicher Ausgangslage

Eine regional differenzierte Betrachtung mittelständischer Unternehmenstätigkeit ist wichtig und kann für wirtschaftspolitische Debatten auf Länderebene bedeutende Beiträge liefern. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass der deutsche Mittelstand kein einheitliches Muster aufweist. So gibt es wesentliche landesspezifische Besonderheiten hinsichtlich struktureller Merkmale (Größen- und Branchenverteilung, Altersstruktur) sowie teils deutliche Unterschiede in den Führungssetzungen der KMUs. Damit lassen sich zum Teil auch die von uns gefundenen Unterschiede zentraler Mittelstandskennziffern erklären. Diese regionalen Besonderheiten verlangen nach differenzierten wirtschaftspolitischen Antworten.

Dennoch gibt es auch über die Ländergrenzen hinweg einheitliche Trends und Herausforderungen. Dies ist zum einen der **demografische Wandel**. Denn die zunehmende Alterung macht auch vor den Chefetagen der KMU nicht Halt. In fast allen Regionen Deutschlands „bedrohen“ ungeklärte Unternehmensnachfolgen die Substanz der KMU.²⁸ Aber auch die Sicherung von Fachkräften bei einer künftig schrumpfenden Erwerbsbevölkerung wird für den Mittelstand in ganz Deutschland zur Herausforderung. Viele KMU versuchen dem drohenden Fachkräftemangel u. a. durch ein stärkeres Engagement in der betrieblichen Ausbildung zu begegnen.²⁹ Hier sind aber vor allem Regionen mit einem hohen Anteil an Kleinunternehmen – die nicht allein ausbilden können – im Nachteil.

Will Deutschland trotz abnehmenden Erwerbspotenzials sein Potenzialwachstum auch in Zukunft auf einem angemessenen Niveau halten sind **mehr Investitionen** notwendig. Trotz einiger positiver Ausreißer nach oben halten sich die KMU in vielen Regionen mit

Investitionen jedoch noch immer merklich zurück. Dies gilt es auf breiter Front zu ändern – durch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen sowie geeignete und hinreichende Finanzierungsangebote. Denn mehr Investitionen in den Kapitalstock können auch helfen, die zuletzt größer gewordene **Produktivitätslücke** des Mittelstands zur Gesamtwirtschaft wieder zu schließen.³⁰

Daneben bietet auch die **Digitalisierung** große Chancen für zukünftiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der Mittelstand partizipiert derzeit aber noch unterdurchschnittlich an den Möglichkeiten.³¹ Hier ist

noch viel Potenzial, das es zu mobilisieren gilt. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen – denn aus Unternehmenssicht stehen dem verschiedene Hemmnisse entgegen. Dazu zählen fehlende IT-Kompetenzen, ungelöste Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes, Probleme bei der Anpassung der Unternehmens- und Arbeitsorganisation sowie eine mangelnde Qualität der Internetverbindung.³²

Zur Lösung der genannten Herausforderungen sind Anstrengungen auf allen politischen Ebenen gefragt. ■

KfW-Mittelstandsatlas: Datenbasis und Methode

Die repräsentative Regionalauswertung KfW-Mittelstandsatlas 2018 basiert auf Daten des **KfW-Mittelstandspanels**. Die Daten hierfür werden seit dem Jahr 2003 im Rahmen einer Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland durchgeführt. Mit einer Datenbasis von bis zu 15.000 Unternehmen pro Jahr ist das KfW-Mittelstandspanel die einzige repräsentative Erhebung im deutschen Mittelstand und damit die wichtigste Datenquelle für mittelstandsrelevante Fragestellungen.

Das KfW-Mittelstandspanel liefert ein repräsentatives Abbild der gegenwärtigen Situation, der Bedürfnisse und der Pläne mittelständischer Unternehmen in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden jährlich wiederkehrende Informationen zum Unternehmenserfolg, zur Investitionstätigkeit, zur Finanzierungsstruktur und zur Inhaberschaft. Zur Grundgesamtheit gehören mittelständische Privatunternehmen **sämtlicher Wirtschaftszweige**, deren jährlicher Umsatz die Grenze von 500 Mio. EUR nicht übersteigt. Ausgeschlossen sind der öffentliche Sektor, Banken sowie Non-Profit Organisationen. Die Stichprobe des KfW-Mittelstandspanels ist so konzipiert, dass **repräsentative, verlässliche und möglichst genaue Aussagen** generiert werden. Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, werden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet.

Die erstmalig durchgeführte **regional differenzierte Betrachtung** nutzt die fünf jüngsten jährlichen Erhebungswellen des KfW-Mittelstandspanels (Welle 11–15) – und umfasst damit die **Berichtsjahre 2012–2016** (Erhebungsjahre 2013–2017). Basierend auf dieser Zusammenfassung können im besten Fall rund **50.000 Beobachtungen** für die Analyse berücksichtigt werden. Somit sind auch bei der nach Bundesländern vorgenommenen regionalen Disaggregation hinreichend hohe Fallzahlen sichergestellt. Um ausschließlich robuste Ergebnisse vorzulegen, muss im aktuellen Bericht auf Ergebnisse zu den Bundesländern Bremen und Saarland verzichtet werden. Künftig werden auch diese beiden Bundesländer berücksichtigt.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: www.kfw-mittelstandspanel.de

¹ Zur aktuellen Ausgabe siehe Schwartz, M. (2017), KfW-Mittelstandspanel 2017: Rekordjagd im Inland geht ungebremst weiter – neue Herausforderungen durch sektoralen Wandel, KfW Research. Dazu wird jährlich ein ausführlicher Tabellenband begleitend veröffentlicht. Der Tabellenband zum KfW-Mittelstandspanel ist abrufbar unter: <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Mittelstandspanel.html#> Dort finden sich zudem sämtliche Jahresberichte zum KfW-Mittelstandspanel.

² Siehe Destatis (http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_inhalt23.asp) Größere Unternehmen sind danach Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und /oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2014 mit 250 und mehr Beschäftigten.

³ Vgl. <http://www.boerse.de/aktien/dax-konzerne-deutschland/grafik> (Abruf am 19.05.2017).

⁴ Wissensintensive Dienstleistungen umfassen Dienstleistungs-Teilbranchen mit einem überdurchschnittlich hohen Akademikeranteil an der Gesamtbeschäftigung bzw. Dienstleistungen mit einer starken Technologieorientierung. Darunter fallen beispielsweise Architektur- und Ingenieurbüros, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Datenverarbeitung oder Fernmelde-dienste. Die Abgrenzung basiert auf der so genannten NIW / ISI-Liste wissensintensiver Industrien und Dienstleistungen, die wiederum auf der WZ2008-Systematik des Statistischen Bundesamtes fußt.

⁵ Siehe hierzu die grundlegenden Arbeiten: Jacobs, J. (1969), *The Economy of Cities*. New York: Random House.- Isard, W. (1956), *Location and Space-economy; a General Theory Relating to Industrial Location, Market Areas, Land Use, Trade, and Urban Structure*. Cambridge, MA: MIT. Einen generellen Überblick über die akademische Debatte bieten Beaudry, C. und A. Schiffauerova (2009), *Who's Right, Marshall or Jacobs? The Localisation Versus Urbanisation Debate*. *Research Policy* 38, pp. 318–337.

⁶ Vgl. IAB (2015), *Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland – Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014*, IAB Forschungsbericht 9/2015, Nürnberg.

⁷ Die Wachstumsrate der Beschäftigten wird auf Grundlage der Vollzeitäquivalenten (VZÄ oder Full-Time-Equivalent (FTE)) berechnet. Hierdurch wird – im Gegensatz zum Erwerbstätigenkonzept – die tatsächliche Arbeitsnachfrage abgebildet. Die Vollzeitäquivalent-Beschäftigten errechnen sich aus der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (inklusive Inhaber) zuzüglich der Zahl der Teilzeitbeschäftigten multipliziert mit dem Faktor 0,5. Auszubildende werden nicht berücksichtigt.

⁸ Die Umsatzrendite ist definiert als Quotient aus Vorsteuerertrag und Umsatz. Ausgewiesen werden jeweils mit dem Umsatz gewichtete Mittelwerte der Umsatzrendite.

⁹ Vgl. Gerstenberger, J. und M. Schwartz (2014), *Unsicherheit kostet mittelständische Investitionen: Sichere Rahmenbedingungen nötig*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 66, KfW Economic Research. – Schwartz, M. (2015), *KfW-Mittelstandspanel 2015: Mit steigender Zuversicht aus dem Investitionstief*, KfW Research, S. 13.

¹⁰ Schwartz, M. (2017), *KfW-Mittelstandspanel 2017: Rekordjagd im Inland geht ungebremst weiter – neue Herausforderungen durch sektoralen Wandel*, KfW Research.

¹¹ Vgl. Gerstenberger, J. und V. Zimmermann (2016), *Unternehmensbonität – eine nicht zu vernachlässigende Größe*, Studien und Materialien, KfW Research.

¹² Die Eigenkapitalquote ist definiert als Quotient aus Eigenkapital und Bilanzsumme. Ausgewiesen werden jeweils mit der Bilanzsumme gewichtete Mittelwerte der Eigenkapitalquote. Zur Berechnungen werden nur bilanzierungspflichtige Unternehmen herangezogen.

¹³ Unsere Daten zeigen dazu, dass bei 19 % der KMU der ostdeutschen Flächenländer mindestens 25 % des Kapitals oder über 25 % der Stimmanteile im Besitz anderer Unternehmen ist. In den westdeutschen Bundesländern sind es nur 14 %.

¹⁴ Trautvetter, A. (2011), *Bedeutung der Eigenkapitalausstattung für den Mittelstand*, HWWI Policy Paper 56, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut.

¹⁵ Eine über dem Bundesdurchschnitt und am oberen Ende der Rangfolge liegende Eigenkapitalquote für Unternehmen aus den ostdeutschen Bundesländern einerseits sowie eher schwach kapitalisierte Unternehmen in Berlin und Hamburg weisen auch andere Quellen nach: Creditreform Rating Agentur (2015), *Eigenkapitalpolster im deutschen Unternehmenssektor* (https://www.creditreform-rating.de/fileadmin/user_upload/creditreform-rating.de/Dokumente/Fachpublikationen/15-11-26_Creditreform_Rating_EKpolster_deutscher_Unternehmen.pdf)

¹⁶ Gerstenberger, J. und M. Schwartz (2014), *Mittelstand altert im Zeitraffer*, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 63, KfW Economic Research.

¹⁷ Vgl. Leifels, A. (2015), *Fachkräfterekrutierung im Mittelstand: Optimismus darf Blick auf Qualifikationsprobleme nicht verstellen*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 100, KfW Research. Siehe ausführlich dazu Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2015), *Alterung im Mittelstand bremst Investitionen*, Fokus Volkswirtschaft Nr.85, KfW Research. – Gerstenberger, J. und M. Schwartz (2014), *Mittelstand altert im Zeitraffer*, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 63, KfW Economic Research.

¹⁸ KfW Research begleitet diesen Transformationsprozess im Mittelstand schon länger. Um der wachsenden Bedeutung des Themas gerecht zu werden, wurde die Erhebung entsprechender Daten im Rahmen des KfW-Mittelstandspanels ab dem Jahr 2017 umgestellt und erheblich ausgeweitet. Nicht alle in dieser Analyse ausgewiesenen Ergebnisse sind daher mit vorherigen Veröffentlichungen vergleichbar. Siehe zum Thema beispielsweise auch Leifels, A. (2016), *Alterung treibt Nachfolgerbedarf im Mittelstand: 620.000 Übergaben bis 2018*, Fokus Volkswirtschaft 132, KfW Research – Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2015), *Nachfolgeplanungen auf Hochtouren: Halbe Million Übergaben bis 2017*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 91, KfW Research.

¹⁹ Vgl. Schwartz, M. (2018), *Generationenwechsel im Mittelstand: Bis 2019 werden 240.000 Nachfolger gesucht*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 197, KfW Research

²⁰ Metzger, G. (2017), *KfW-Gründungsmonitor 2017: Beschäftigungsrekord mit Nebenwirkung: So wenige Gründer wie nie*, KfW Research.

²¹ Für eine detaillierte Analyse der Übernahmegründungen in Deutschland vgl. Metzger, G. (2016), *Dreimal mehr Übergabepaner als Übernahmegründer*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 133, KfW Research.

²² Vgl. Metzger, G. (2015), *Deutschland einig Gründerland? Mitnichten! Ein Bundesländervergleich*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 111, KfW Research.

²³ Vgl. Schwartz, M. (2017), *Chefinnen im Mittelstand: Zuwachs gerät ins Stocken*, Volkswirtschaft Kompakt 127, KfW Research.

²⁴ Vgl. Metzger, G. (2017), *Migranten gründen häufiger und größer: mehr Wochenstunden, mehr Angestellte*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 165, KfW Research.

²⁵ Vgl. Schwartz, M. (2015), *Wie weiblich ist der Mittelstand? Frauen als Unternehmenslenker*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 101, KfW Research.

²⁶ Siehe Destatis (2016), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011*, Fachserie 1 Reihe 1.3, Wiesbaden.

²⁷ Vgl. Leifels, A. (2017), *Migranten gründen häufiger und größer: mehr Wochenstunden, mehr Angestellte*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 165, KfW Research.

²⁸ Schwarz, M. (2018), *Generationenwechsel im Mittelstand: Bis 2019 werden 240.000 Nachfolger gesucht*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 197, KfW Research – Leifels, A. (2016), *Alterung treibt Nachfolgerbedarf im Mittelstand: 620.000 Übergaben bis 2018*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 132, KfW Research – Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2015), *Nachfolgeplanungen auf Hochtouren: Halbe Million Übergaben bis 2017*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 91, KfW Research.

²⁹ Vgl. Leifels A. (2016) *Mittelstand steht bei der Fachkräftesicherung in den Startlöchern*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 119, KfW Research.

³⁰ Vgl. Gerstenberger, J. (2017), Produktivität des deutschen Mittelstandes tritt auf der Stelle – Zeit zu handeln!, Fokus Volkswirtschaft Nr. 172, KfW Research. – Schwartz, M. (2016), KfW-Mittelstandspanel 2016: Mittelstand nutzt sein finanzielles Polster – Investitionsaufschwung bleibt trotzdem aus, KfW Research. – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Jahresgutachten 2015/2016: Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Wiesbaden.

³¹ Vgl. Zimmermann, V. (2016), Digitalisierung im Mittelstand: Status Quo, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 138, KfW Research. – Schwartz, M. (2017), E-Commerce steckt im Mittelstand noch in den Kinderschuhen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 161, KfW Research. – Schwartz, M. (2015), Chancen der Digitalisierung nutzen: Datenschutz und IT-Sicherheit gehören dazu, Fokus Volkswirtschaft Nr. 117, KfW Research.

³² Vgl. Zimmermann, V. (2017): Unternehmensbefragung 2017. Digitalisierung der Wirtschaft: breite Basis, vielfältige Hemmnisse, KfW Research oder Saam, M., Viete, S. und S. Schiel (2016): Digitalisierung im Mittelstand: Status Quo, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen. Forschungsprojekt im Auftrag der KfW Bankengruppe.

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe

Abteilung Volkswirtschaft

Palmengartenstraße 5-9

60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944

www.kfw.de

Autoren

Dr. Michael Schwartz

Telefon 069 7431-8695

Dr. Juliane Gerstenberger

Telefon 069 7431-4420

Copyright Titelbild

Quelle: Getty Images / Fotograf: Fuse

Frankfurt am Main, März 2018